

Chef v. Dienst:
42 800 2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861



Inressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Dienstag, 9. Mai 1989

Blatt 959

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Hatzl: Busanbindung der Wirtschaftsuniversität auf dem Wege der Realisierung (960/FS: 8.5.)
- Stacher zur Diskussion über Mautner-Markhof'sches Kinderspital (961/FS: 8.5.)
- Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerzahl (962)
- Interkulturelles Lernen im Jugendzentrum Rudolfsheim (963)
- Festwochen-Eröffnung: Stadtinformation gibt Auskunft (964)
- Sichere Brücken für Wien (965-968)
- Österreichischer Städtetag (969-971)
- Spatenstich für Augartenradweg (972)
- Integration behinderter Kinder in das Regelschulwesen (973)

Hatzl: Busanbindung der Wirtschaftsuniversität auf dem Weg der Realisierung

Wien, 8.5. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit den jüngst geäußerten Wünschen nach einer Busverbindung zwischen dem Bereich der Wirtschaftsuniversität und der U-Bahn-Station Friedensbrücke verwies Verkehrsstadtrat Johann HATZL Montag generell darauf, daß es in Wien etliche Wünsche nach punktueller Einrichtung von Autobusverbindungen gebe, und deshalb Prioritäten gesetzt werden müßten.

Im vorliegenden Fall ist es aber auch Tatsache, daß mit öffentlichen Verkehrsmitteln relativ rasch die U 2 (Direktverbindung mittels Straßenbahnlinie „D“) und die U 4 (mittels Straßenbahnlinien „D“ und „5“) erreichbar sind. Darüber hinaus ist für diesen Bereich im Rahmen der vorliegenden Verkehrsplanungen eine Verknüpfungsstation von U 4 und kommender U 6 vorgesehen.

Über Veranlassung von Verkehrsstadtrat Hatzl wurde jedoch bereits die Planung für eine möglicherweise heuer ab Herbst verkehrende, temporäre Buslinie aufgenommen, die parallel zu den neuen Dienststellen der Bundespolizeidirektion Wien in Betrieb gehen könnte.

„Bezirksvorsteher Schmied ist“, so Hatzl, „bei seinen Aussagen über den öffentlichen Verkehr wenig ehrlich, denn gerade er gehört zu jenen Bezirksvorstehern, die am wenigsten Bereitschaft zeigen, wenn es darum geht, großzügigen Lösungen im Bereich der Bevorrangung zuzustimmen, um Globallösungen unter Einbeziehung des öffentlichen Verkehrs zu realisieren“. (Schluß) pz/rr

Bereits am 8. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet!

Stacher zur Diskussion über Mautner-Markhof'sches Kinderspital

Bereits am 8. Mai 1989
über Fernschreiber ausgesendet

Wien, 8.5. (RK-KOMMUNAL) Derzeit gibt es keinen Beschluß bezüglich einer Schließung des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals, eine endgültige Entscheidung darüber kann erst im Rahmen der Erstellung des neuen Spitalszielplanes bzw. nach Fertigstellung (1992) der Kinderabteilungen des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum-Ost erfolgen. Dies erklärte Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER zu der von ÖVP-Mandataren Montag initiierten Diskussion um eine mögliche Schließung des Mautner-Markhof'schen Kinderspitals.

Zweifelsohne werden sich dann die ÖVP-Mandatare die Frage stellen müssen, ob sie ein Kinderspital erhalten wollen, das nach Fertigstellung des Krankenhauses im Sozialmedizinischen Zentrum-Ost nur mehr in einem sehr geringen Ausmaß ausgelastet sein wird, meinte Stacher. Der Gesundheitsstadtrat wandte sich in diesem Zusammenhang gegen die derzeit angewandte Methode, alles im Spitalswesen hochzuspielen und zu versuchen — bevor noch irgendwelche Beschlüsse gefaßt wurden —, „politisches Kleingeld“ zu gewinnen. Eine faire Vorgangsweise hätte sicherlich darin bestanden, zunächst einmal mit ihm, Stacher, zur Führung sachlicher Gespräche Kontakt aufzunehmen. (Schluß) zi/rr

Volksbegehren zur Senkung der Klassenschülerzahl

Eintragungszeit vom 29. Mai bis 5. Juni

Wien, 9.5. (RK-KOMMUNAL) Der Bundesminister für Inneres hat dem Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens zur Senkung der Klassenschülerzahl stattgegeben und als Eintragsfrist den Zeitraum von Montag, den 29. Mai, bis einschließlich Montag, den 5. Juni, festgesetzt.

Als Stichtag, der für die Stimmberechtigung maßgebend ist, wurde der 1. Mai 1989 bestimmt.

Stimmrecht

Stimmberechtigt ist daher, wer spätestens am Stichtag 1. Mai 1989 das 19. Lebensjahr vollendet hat und das Wahlrecht zum Nationalrat besitzt.

In Wien sind dies 1.131.789 Personen, und zwar 641.238 (= 56,66 Prozent) Frauen und 490.551 (= 43,34 Prozent) Männer.

Die im Einleitungsverfahren abgegebenen Unterstützungserklärungen zählen bereits als gültige Eintragungen.

Eintragungszeit

Die Stadt Wien hat die Eintragungszeit wie folgt festgelegt:

Montag, 29., bis Mittwoch, 31. Mai:	8 bis 18 Uhr,
Donnerstag, 1. Juni	8 bis 20 Uhr,
Freitag, 2. Juni	8 bis 18 Uhr,
Samstag, 3. Juni und	
Sonntag, 4. Juni	5 bis 12 Uhr,
Montag, 5. Juni	8 bis 20 Uhr.

Eintragungsorte

Laut Volksbegehrensgesetz kann jeder Stimmberechtigte sein Stimmrecht nur in dem für seinen Wohnsprengel zuständigen Eintragungsort ausüben. Ausschlaggebend ist die Eintragung in der Wählerverzeichnis.

Auf einem amtlichen Hausanschlag wird das zuständige Eintragungsort ersichtlich gemacht. In Wien werden insgesamt 90 Eintragungsorte eingerichtet. Behindertengerechte Eintragungsorte sind besonders gekennzeichnet.

Stimmkarte

Ist eine Stimmabgabe im zuständigen Eintragungsort nicht möglich, kann mittels einer Stimmkarte in jedem Eintragungsort in ganz Österreich abgestimmt werden (Montag bis Freitag bis 18 Uhr, ausgenommen Feiertage).

Stimmkarten können ab sofort beim zuständigen Magistratischen Bezirksamt bis spätestens Freitag, den 2. Juni, beantragt werden.

Patienten in Krankenanstalten ist selbstverständlich das Stimmrecht mittels Stimmkarte gewährt. Über die Stimmabgabe informiert die jeweilige Krankenhausverwaltung.

„Hausbesuche“ bei bettlägerigen Personen sind im Volksbegehrensgesetz nicht vorgesehen und können daher nicht erfolgen.

Im Eintragungsort und auf den Magistratischen Bezirksämtern liegt der Gesetzesentwurf zur Einsichtnahme auf. (Schluß) lf/rr

Interkulturelles Lernen im Jugendzentrum Rudolfshelm

Wien, 9.5. (RK-LOKAL) Interkulturelles Lernen nennt sich ein neues Projekt des Jugendzentrums Rudolfshelm, 15., Hollergasse 22, Telefon 85 81 13, bei dem in- und ausländischen Kindern kostenlose Lernhilfen mit anschließenden gemeinsamen Spielen geboten werden. Für Vor- und Volksschüler findet dieses Projekt Montag, Dienstag und Donnerstag jeweils von 14.30 bis 17 Uhr, für Hauptschüler Montag von 18 bis 20 Uhr, Dienstag und Donnerstag von 14.30 bis 20 Uhr statt. (Schluß) jel/bs

Festwochen-Eröffnung: Stadtinformation gibt Auskunft

Wien, 9.5. (RK-LOKAL) Anlässlich der Festwochen-Eröffnung bietet die Wiener Stadtinformation ein besonderes Service: Am Donnerstag, dem 11. Mai, erhält man unter der Nummer 43 89 89 von 8 bis 21 Uhr detaillierte Auskünfte über das abendliche Programm, der heuer unter dem Motto „Wien grüßt Paris — Paris grüßt Wien“ stehenden Festwochen und über die Pariser Attraktionen am Nachmittag in der Innenstadt.

Selbstverständlich kann man bei der Stadtinformation auch nach der Eröffnungsfeier zu den üblichen Öffnungszeiten (Montag bis Sonntag von 8 bis 18 Uhr), telefonisch Veranstaltungstermine, Spielstätten und Kartenverkaufsstellen der Wiener Festwochen erfragen. (Schluß) red/gg

Sichere Brücken für Wien

Wien, 9.5. (RK-KOMMUNAL) In einem Pressegespräch über die Wiener Brückenbauvorhaben im laufenden Jahr nahm Dienstag Verkehrsstadtrat Johann HATZL einleitend zur grundsätzlichen Frage der Prüfung und damit der Sicherheit der Wiener Brücken Stellung.

Der Magistratsabteilung 29 — Brückenbau und Grundbau obliegen die Brückenprüfung und die Bauwerksüberwachung der Wiener Brücken. Das oberste Ziel der Bauwerksüberwachung besteht darin, die Sicherheit für die Benützer einer Brücke zu gewährleisten. In der Phase der Errichtung sind dies die Güteüberwachung der Baustoffe, die Prüfung der Konstruktionsentwürfe und die kontinuierliche Bauüberwachung. Später kommt der laufenden Inspektion von Brücken eine wesentliche Bedeutung zur Gewährleistung der Standsicherheit und Tragfähigkeit zu.

Die Verlängerung der Gebrauchsfähigkeit und Nutzungsmöglichkeit stellt ein weiteres Ziel dar, das mit Hilfe entsprechender Prüfmethode erreicht wird. Schon aus wirtschaftlichen Gründen ist es erstrebenswert, so Hatzl, daß Schäden möglichst frühzeitig erkannt werden, wenn also eine rasche Instandsetzung einen relativ geringen Aufwand erfordert. Zugleich kann damit eine Verlängerung der Lebensdauer des Objektes erzielt werden.

Im Jahr 1976 war vom Wiener Bürgermeister die Weisung erteilt worden, daß alle Wiener Brücken einer Revision zu unterziehen seien. Diese Weisung führte zur Einrichtung einer eigenen Gruppe „Brückenprüfung“ im Rahmen der Magistratsabteilung 29 und damit zu einer verstärkten Prüftätigkeit.

Zweite sicherheitstechnische Brückenprüfung abgeschlossen

Die erstmalige Überprüfung aller Brücken im Wiener Raum wurde Ende 1983 abgeschlossen. Mit der Beendigung der Prüfarbeiten am Stahltragwerk der Nordbrücke über die Donau (Mitte 1989) wird auch die zweite sicherheitstechnische Überprüfung aller Wiener Straßenbrücken erfolgreich abgeschlossen sein. In diesem Zeitraum wurden 775 Hauptuntersuchungen und 11.146 periodische Überwachungen und Befahrungen durchgeführt.

Betreut werden nunmehr im Wiener Raum

- 631 Brücken
- 37.000 Laufmeter Stützmauern und Stiegenanlagen.

Drei Stufen der Brückenüberprüfung

Die Brückenüberprüfung erfolgt in mehreren Stufen. Es gibt eine

- **Laufende Überwachung**
Diese wird dreimal pro Jahr durch einen Prüfwerkmeister durchgeführt.
- **Periodische Prüfung**
Diese erfolgt einmal pro Jahr durch Prüfwerkmeister, außerdem nach Unfällen, Erdbeben, Hangrutschungen und ähnlichem.
- **Hauptprüfung**
Diese wird mindestens alle sechs Jahre vom Prüfingenieur vorgenommen. Bei dieser Prüfung wird die Brückenkonstruktion „auf Herz und Nieren“ untersucht.

Zu den Vorhaben der Magistratsabteilung 29 auf den Sektoren Brückenprüfung und Brückenerhaltung beziehungsweise Instandsetzung im Jahr 1989 zählen:

Prüfung der Nordbrücke

Die Stahltragwerke der Nordbrücke über die Donau und den Handelskai im Zuge der B 227 — Donaukanal Straße wurden in den Jahren 1962 und

1964 errichtet. Seit 24. April 1989 werden diese Tragwerke auf die Dauer von acht Wochen einer Hauptprüfung unterzogen. Mit diesen Arbeiten wird die zweite Hauptprüfungsperiode (1983 bis 1989) abgeschlossen.

A 23 – Südosttangente Wien, Abschnitt Knoten Landstraße bis Knoten Kaisermühlen

Auf der A 23 zwischen dem Knoten Landstraße und dem Knoten Kaisermühlen werden in den nächsten Jahren insgesamt vier verschiedene Baumaßnahmen notwendig, die in Wertschafflicher und verkehrstechnischer Hinsicht koordiniert werden müssen.

Es handelt sich dabei um

- Verbreiterung der Hauptfahrbahnen im Knoten Landstraße und Herstellung einer neuen Rampe sowie Mittelstreifenverlegungen bis in den Knoten Prater
- Belagssanierung im Knoten Landstraße
- Generalinstandsetzung der Prater Hochstraße
- Belagserneuerung auf der Praterbrücke

Ab August 1989 beginnen die Bauarbeiten für die Tragwerksverbreiterung vorerst mit Arbeiten unter der Brücke sowie der Neubau einer Auffahrtsrampe vom Gürtel zur Anschlußstelle Sankt Marx (keine Verkehrsbehinderung).

Ab November 1989 beginnen die Arbeiten an den Verbreiterungen jeweils auf der linken Tragwerksseite, wobei die beiden Fahrstreifen von je 3,50 Meter auf 3 Meter reduziert werden und somit anzahlmäßig erhalten bleiben. Die Verbreiterung selbst erfolgt durch die Montage von Stahlkonstruktionen. Die weiteren Arbeitsschritte erfolgen in den Jahren 1990 und 1992.

Brücke über die Pottendorfer Linie und die Badner Bahn

Dabei handelt es sich um den Abbruch und Neubau im Zuge des Ausbaues der Wienerberg Straße (Bundesstraße B 225). Die Bauzeit beträgt rund zwei Jahre (August 1987 bis August 1989). Die Gesamtkosten belaufen sich auf 29 Millionen Schilling.

Reitschulsteg (3. Bezirk)

Bei diesem Projekt werden das gesamte Tragwerk und die Stiegenanlagen wieder in Stahlbauweise neu errichtet, wobei aus Gründen der Stadtbildpflege das Erscheinungsbild nicht verändert werden soll. Der Baubeginn liegt voraussichtlich im August/September 1989; Die Baukosten werden zwei Millionen Schilling betragen.

Gaswerksteg

Dieses über den Donaukanal (2. und 3. Bezirk) führende Brückenobjekt wird seit Ende 1988 einer Generalinstandsetzung unter Vornahme einer teilweiser Neuerrichtung der zum Steg gehörenden Stiegenanlagen unterzogen. Der Kostenaufwand beträgt zwölf Millionen Schilling.

Stiegenanlage/Stützmauern Gudrundstraße

Durchgeführt werden die Instandsetzung und teilweise Neuerrichtung der drei Stiegenanlagen. Die im September 1988 begonnenen Arbeiten werden voraussichtlich im August 1989 beendet. Die Kosten einschließlich des Lärmschutzbereichs, der im Herbst 1989 fertiggestellt wird, liegen bei 14 Millionen Schilling.

Reichsbrücke

Ab Sommer 1989 soll mit einer kompletten Beschichtung der Randbalkenfertigteile, das sind alle senkrechten Teile des Oberdecks und der Gehweg-

Forts. von Blatt 965

Forts. auf Blatt 967

bereiche, sowie mit kleineren örtlichen Instandsetzungen begonnen werden. Die dünnwandigen Fertigteile, die vor allem durch die Salzstreuung bei Glatteis in ihrer Haltbarkeit gefährdet sind, sollen dadurch einen Langzeitschutz erhalten, für den 4,5 Millionen Schilling veranschlagt sind.

Hochstraße Inzersdorf

Im Zuge der A 23 Autobahn Südosttangente Wien wird als Fortsetzung der seit 1987 laufenden Instandsetzung der Tragwerksuntersichten der gesamten Hochstraße Inzersdorf sowie der zugehörigen Betonbeschichtung das Erlassen von Verkehrsmaßnahmen erforderlich sein. Im Jahr 1989 ist die Sperre einer Spur der Sterngasse in Fahrtrichtung von Triester Straße zur Draschestraße im Objektsbereich, die halbseitige Sperre der A 23/Abfahrt Sterngasse sowie der Abfahrt Altmannsdorf auf die A 23 mit einer Dauer von jeweils fünf bis sechs Wochen notwendig. Die Gesamtkosten betragen 47 Millionen Schilling.

Stubenbrücke

- Erneuerung des gesamten Korrosionsschutzes der Tragwerkskonstruktion und der Geländer
- Verkleidung der gesamten Tragwerksuntersicht mit begehbaren Gitterrosten beziehungsweise in Teilbereichen Streckmetallgitter (Vogelschutz)
- Instandsetzung der Widerlagerbereiche
- Neuherstellung der gesamten Feuchtigkeitsabdichtung sowie der Fahrbahn- und Gehwegbeläge entsprechend dem neuen Straßendetailprojekt mit Radwegführung etc.

Die Baudurchführung ist für den Zeitraum Juli/August 1989 bis Ende 1990 vorgesehen.

Bitterlichbrücke (10./11. Bezirk)

Auf dem Provisorium der Bitterlichbrücke muß der Holzbohlenbelag wegen fortgeschrittener Abnutzung instandgesetzt werden. Als Zeitraum dafür sind die Monate Juli und August 1989 vorgesehen.

Auffahrtsrampe Triester Straße auf A 23

Hier ist eine Auswechslung der Dehnfugenkonstruktion (Dilatation) im Zuge von Belagsarbeiten erforderlich, die voraussichtlich am 16. Mai 1989 beginnen wird. Als Verkehrsmaßnahmen sind eine komplette Sperre der Auffahrt für zwei Wochen sowie für weitere vier bis sechs Wochen die Sperre jeweils einer Fahrspur notwendig.

Floridsdorfer Brücke

Es erfolgt die Neuherstellung der Verschleißschichte der Fahrbahnen sowie auf den Kreuzungsplateaus auch des Belagsunterbaues. Die Durchführung der Arbeiten erfolgt in den Monaten Juli/August 1989, wobei über einzelne Zeiträume eine halbseitige Sperre der Brücke (Gegenverkehrsregelung) sowie die Sperre einzelner Abbiegerelationen erforderlich sind. Die Baukosten betragen zehn Millionen Schilling.

Knoten Nußdorf

Bei den Rand- und Mittelstreifen ist die Instandsetzung des Betons auf sämtlichen Rampen und Verbindungstragwerken erforderlich. Die Bauzeit liegt im Zeitraum Juni bis Dezember 1989, die Kosten dafür betragen vier Millionen Schilling.

A 23/Verlängerung der Praterbrücke

Im Juli 1989 wird voraussichtlich mit den Bauarbeiten der Verlängerung

Forts. von Blatt 966

Forts. auf Blatt 968

nach Stadlau — Hirschstetten (B 302 bis zur B 8) begonnen werden. Dieses Autobahnstück von der Praterbrücke und Bundesstraße bis zur B 8 wird mit einem Kostenaufwand von 1,5 bis zwei Milliarden Schilling bis zum Jahr 1994 im Auftrag der Wiener Bundesstraßen AG errichtet.

Augustinerwaldbrücke über den Mauerbach (14. Bezirk)

Die bestehende Brücke mit 4,7 Meter Gesamtbreite weist derzeit eine Gewichtsbegrenzung von 6,5 Tonnen auf. Da hier die einzige Zufahrtsmöglichkeit für die Augustinerwaldsiedlung besteht, ist ein Neubau der Brücke unumgänglich. Baubeginn voraussichtlich Juni 1989, Bauende voraussichtlich Oktober 1989, Gesamtkosten 2,5 Millionen Schilling. (Schluß) pz/bs/rr

Forts. von Blatt 967

österreichischer Städtetag

Zilk: Keine Gespräche über EG ohne Gemeinden

Villach, 9.5. (RK-KOMMUNAL) „Zwei Tage harter Arbeit mit klaren Forderungen als Ergebnis stehen uns bevor“. Mit diesen Worten eröffnete Bürgermeister Dr. Helmut ZILK gestern, Montag, den 39. Österreichischen Städtetag im Villacher Kongreßhaus. Der Österreichische Städtebund vertritt 216 Städte und Gemeinden mit rund 3,8 Millionen Einwohnern, mehr als die Hälfte Österreichs. „Gespräche über eine Teilnahme Österreichs an der EG können ohne Städte und Gemeinden nicht geführt werden“, sagte Zilk deutlich. „Wir werden uns zu wehren wissen, wenn man uns schon im vorhinein Zahlungen zum EG-Mitgliedsbeitrag diktiert.“

Zilk hob hervor, daß erstmals ein ungarischer Vertreter an den Arbeitskreisen, die heute, Dienstag, stattfinden, teilnehmen wird. Es ist dies der Budapester Direktor für Auswärtige Angelegenheiten, Dr. Peter PALKO, der auch als zukünftiger ständiger Vertreter Budapests in Wien — im Hinblick auf die Weltausstellung — vorgesehen ist.

Nationalratspräsident Rudolf PÖDER, der in seiner Funktion als Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten am Städtetag teilnimmt, forderte im Hinblick auf die EG-Verhandlungen eine „Europäische Sozialpartnerschaft“, bei der Österreich Vorbildfunktion haben könnte. Pöder kündigte im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum für die nächsten Gehaltsverhandlungen höhere Forderungen der Gemeindebediensteten als in den vergangenen, „sehr moderaten“ Jahren an. Außerdem werde man in den nächsten Jahren einen ersten Schritt zur Arbeitszeitverkürzung auch bei den Gemeindebediensteten vornehmen müssen.

Der Kärntner Landeshauptmann Dr. Peter AMBROZY sagte aus Sicht der Länder, bei der EG-Diskussion sei eine koordinierte Abstimmung der Gebietskörperschaften besonders wichtig. Alle Schritte zur Annäherung an die EG dürften nur unter besonderer Berücksichtigung des föderativen Aufbaues unserer Republik erfolgen.

Ein einvernehmliches Überdenken der Rolle der österreichischen Städte und Gemeinden sei erforderlich, sagte Innenminister Dr. Franz LÖSCHNAK. Die in Österreich besonders weit entwickelte Gemeindeautonomie müsse soweit wie möglich bewahrt werden, obwohl klar sei, daß eine Teilnahme am Europäischen Binnenmarkt für alle Gebietskörperschaften zu einer wesentlichen Einengung ihres rechtlichen Handlungsspielraumes führen müsse.

Waldheim: Von immerwährender Neutralität keinesfalls abrücken

„Der Europäische Binnenmarkt wird abgesehen von allen wirtschaftlichen Faktoren zum Eckpfeiler einer neuen europäischen Ordnung werden“, sagte Bundespräsident Dr. Kurt WALDHEIM bei der Eröffnung des 39. Österreichischen Städtetages in Villach. Davon wären auch alle Nicht-EG-Mitglieder betroffen, weshalb eine vorausschauende Planung für alle Europäer auf allen Ebenen für das Jahr 1992 notwendig sei. „Wir müssen in jedem Fall unsere Chancen suchen“, sagte Waldheim. Wie auch immer der Verlauf der Verhandlungen sein werde, Österreich dürfe in keinem Fall von seiner immerwährenden Neutralität abrücken. Waldheim unterstützte ausdrücklich den Wunsch der Städte und Gemeinden nach Einbeziehung in den Verhandlungsprozeß.

EG-Parlamentarier Dr. Pirkl: Österreich könnte EG gegen zentralistische Tendenzen helfen

Im ersten Referat des Städtetages verwies der Nürnberger EG-Parlamentarier Dr. Fritz PIRKL, der auch Mitglied der EG-Österreich-Parlamentarierkommission ist, darauf, daß ein Beitrittsansuchen Österreichs nicht die

zwölf einzelnen Mitgliedsstaaten zu entscheiden haben, sondern das Europäische Parlament mit der Mehrheit seiner Mitglieder. Die Nationalstaaten seien zu klein geworden für die Bewältigung der zentralen Aufgaben der Politik, sagte Pirkl, die EG wäre aber ohne die Mitarbeit der Kommunen nicht so weit, wie sie ist. Die Rückwirkungen auf die Kommunen vollziehen sich vor allem, dem Gründungsauftrag der EG entsprechend, im wirtschaftlichen Bereich. Als Beispiel nannte Pirkl die Tatsache, daß in Bayern vor dem EG-Beitritt jeder 18., heute aber bereits jeder fünfte Arbeitsplatz von Exporten in die EG-Länder abhängig sei.

Die EG könne aber auch zu schwerwiegenden Eingriffen in die Stadtverfassung führen, so zum Beispiel im Bereich des kommunalen Wahlrechtes, das für alle EG-Bürger eingeführt werden soll. Ohne den Grundsätzen des Föderalismus und der Subsidiarität wäre die Zukunft der EG problematisch, warnte Pirkl. Im Falle eines Beitrittes Österreichs wäre ein wichtiger Impuls in Richtung dieser beiden Prinzipien zu erwarten. Pirkl sprach sich in seinem Resumee deutlich für eine wohl vorbereitete Partnerschaft Österreichs mit der EG aus.

Mayr: Österreich soll nicht Ostgrenze Westeuropas werden

Der 39. Österreichische Städtetag im Villacher Kongreßhaus wurde Dienstag früh mit einem Referat des Wiener Vizebürgermeisters Hans MAYR fortgesetzt. „Durch den Binnenmarkt wird zum vierten Mal in diesem Jahrhundert die politische Ordnung in Europa völlig neu gestaltet“, sagte Mayr einleitend. Dabei sollte man aus der dritten Umgestaltung, der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, lernen. Damals gab es in Österreich einen einheitlichen politischen Willen für Freiheit und Unabhängigkeit, der schließlich, einseitige Verträge mit den Siegermächten vermeidend, zum Staatsvertrag führte. „Heute sind es wieder wir, die wesentliche Teile beizutragen haben“, sagte Mayr.

Die Teilung Europas in zwei politische Blöcke sei geblieben, in beiden Blöcken gibt es aber drastische Veränderungen. Der Westen hat erkannt, daß ein Wirtschaftsgebiet mit 320 Millionen Einwohnern geschaffen werden müsse, weil sonst die Konkurrenzfähigkeit nicht mehr erhalten werden könne, während man in Osteuropa nun merkt, daß die Wirtschaft ohne Wettbewerb nicht funktioniert. Österreich solle dabei seine eigene Position überdenken, die große Möglichkeiten biete. So gab es 1987 insgesamt 416 Jointventure-Geschäfte zwischen den USA und Westeuropa und den Osteuropäischen Staaten, während allein in Österreich 49 solcher Geschäfte durchgeführt wurden, was Österreich relativ zur Wirtschaftskraft an eine absolut führende Position bringt.

„Wir müssen anerkennen, daß auch wir einen großen Wirtschaftsraum brauchen. Wir dürfen dabei aber nicht in Ost-West-Kategorien denken und nicht als künftige Ostgrenze Westeuropas dastehen, die Neuordnung muß ganz Europa einbeziehen“, sagte Mayr.

Den Binnenmarkt werde es seiner Meinung nicht schon 1992, sondern frühestens in sechs bis sieben Jahren geben, anschließend müßten von Seiten Österreichs die Verhandlungen aufgenommen werden. Bis dahin sollte man sich alle Optionen offen lassen. Dieser Zeitraum reiche gerade aus, um einerseits alleine eine Strukturreform bei Industrie und Wirtschaft einzuleiten, um diese auf EG-Niveau zu bringen, und andererseits durch gezielte Regionalpolitik eine künftige Teilung Österreichs in reiche und arme Gegenden zu verhindern.

„Österreich muß sich als Staat in der Mitte Europas größtmögliche Wirtschaftsgebiete mit freier Wirtschaft zur größtmöglichen Entfaltung des einzelnen Menschen wünschen“, schloß der Wiener Vizebürgermeister.

Forts. von Blatt 969

Forts. auf Blatt 971

Swoboda für grenzüberschreitende Stadtpolitik

Der Wiener Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA meinte in seinem Referat in einem Arbeitskreis zum Thema „Grenzüberschreitende Initiativen“, die jüngste Entwicklung, etwa die Bestrebungen der EG nach einem einheitlichen Binnenmarkt sowie der jüngst begonnene Abbau des Eisernen Vorhanges durch die Ungarn, seien Meilensteine in der Entwicklung Europas. Es sei zu hoffen, daß das Beispiel Wien-Budapest Schule mache; Wien möchte auch mit Prag und Preßburg in engere nachbarschaftliche Beziehungen treten. Das Mozartjahr 1991 sei eine Chance für die Zusammenarbeit von Salzburg, Wien und Prag. Grenzüberschreitende Nationalparks, nicht nur zwischen Österreich und Ungarn, eventuelle Olympische Spiele in Kärnten, Slowenien und Friaul-Venetien sowie die geplante Weltausstellung Wien-Budapest, ein Donaueuropäisches Zentrum mit einem Mitteleuropäischen Gymnasium, vielleicht sogar eine Donauuniversität in Wien, wären Chancen für ein neues Mitteleuropa. Swoboda sprach auch das Problem der Integration von Ausländern in den Städten an und plädierte für eine liberale Haltung gegenüber Ausländern.

Internationale Städtekonkurrenz

Wenn es um den Vergleich von Standortqualitäten für Investitionsentscheidungen großer Konzerne gehe, so Swoboda, seien z.B. München, Frankfurt und Mailand mindestens ebenso Konkurrenten für Wien wie Budapest. Aber auf der Ebene der Städte liege eine Chance für den Anspruch Österreichs, zwischen Ost und West zu vermitteln. Die Städte sollten ihre Möglichkeiten wahrnehmen, Bürger aus vielen Staaten und Nationen zusammenzuführen. (Forts. mgl.) roh/fk/gg/bs/rr

Forts. von Blatt 970

Spatenstich für den Augartenradweg

Wien, 9.5. (RK-KOMMUNAL) Anlässlich des Spatenstichs für den Augartenradweg, den Verkehrsstadtrat Johann HATZL gemeinsam mit den Bezirksvorstehern des 2. Bezirks, Heinz WEISSMANN, und des 20. Bezirks, Karl LACINA, vornahm, sagte Hatzl zum Themenkomplex Radfahren in der Stadt unter anderem:

Davon ausgehend, daß besonders in der Großstadt der Fahrradverkehr sowohl in ökologischer als auch in ökonomischer Hinsicht eine echte Alternative zum Autoverkehr darstellt, kommt dem forcierten Ausbau des Wiener Radroutennetzes auf der Grundlage des Planes 1983 eine entsprechende Bedeutung zu: Seine Realisierung erfolgt laufend. Wie empirische Studien zeigen, wächst das Interesse der Bevölkerung an der verstärkten Nutzung des Fahrrades im innerstädtischen Bereich weiterhin.

Wenn darüber hinaus zu beobachten ist, daß in überwiegender Zahl in einem PKW nur eine Person sitzt und bei einem Großteil der Fahrten das Fahrziel im eigenen Wohnbezirk oder im angrenzenden Bezirk liegt, gewinnt die Benützung des Fahrrades — nicht zuletzt wegen der vielfach am Zielort gegebenen Parksituation — noch mehr an Attraktivität. Auch im Hinblick auf die Verkehrs- und Umweltbelastung, erstere besteht eigentlich nur aus dem relativ geringen Platzbedarf — letztere ist praktisch null, stellt das Fahrrad eine bemerkenswerte Alternative dar.

Eine bezirksverbindende Radverkehrsanlage

Der sogenannte „Augartenradweg“ mit seiner Länge von 2,5 Kilometern ist ein Bestandteil des Wiener Radroutennetzes aus dem Jahr 1983 und verläuft in folgenden Straßenzügen, wobei sich schon aus der Route die bezirksverbindende Funktion ergibt: Obere Donaustraße — Gaußplatz — Wasnerstraße — Adolf-Gstöttner-Gasse — Nordwestbahnstraße — Hellwagstraße — Universumstraße — Dresdner Straße — Traisengasse.

An beiden Enden des Augartenradweges erfolgt die Anbindung an bereits bestehende Radverkehrsanlagen. An dem einen Ende an die Brigittenauer Brücke und damit an das große Naherholungsgebiet Donauinsel, am anderen Ende via Donaukanalradweg an den Erholungsraum Donaukanal und in weiterer Folge an das Radwegenetz im Zentrum.

Diese über eine Distanz von zweieinhalb Kilometern führende Radverkehrsanlage durch den 2. Bezirk und den 20. Bezirk wird im Bereich des Augartens als Geh- und Radweg errichtet, der eine durchschnittliche Breite von zwei Metern und zusätzlich einen 0,6 Meter breiten Schutzstreifen zu den parkenden Autos hin aufweisen wird. Die Errichtung wird in zwei Jahresetappen erfolgen, wobei in der Ausgestaltung der Weg beschränkt wird, in einzelnen Abschnitten den Fußgängern beziehungsweise den Radfahrern durch eine unterschiedliche Oberflächeneinfärbung die entsprechende Verkehrsfläche zuzuordnen. (Schluß) pz/gg

Integration behinderter Kinder in das Regelschulwesen

Wien, 9.5. (RK-KOMMUNAL) „In Wien kann jedes behinderte Kind in das Regelschulwesen integriert werden“, erklärte der amtsführende Präsident des Stadtschulrates für Wien, Prof. Hans MATZENAUER bei der Expertendiskussion anlässlich des Symposions zur Integration in Reutte.

„Während in anderen Bundesländern das Einrichten von einzelnen Klassen, in denen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden, ein oft unlösbares Problem ist, bietet der Stadtschulrat für Wien ein flächen- und bedarfsdeckendes Integrationsmodell an. Derzeit gibt es im Bereich der Bundeshauptstadt Integrationsklassen an 14 verschiedenen Schulen. Für 1989/90 ist eine Erweiterung dieses Modells auf weitere 12 Schulen geplant. In Wien ist somit sichergestellt, daß kein behindertes Kind vom Besuch einer 1. Volksschulklasse ausgeschlossen wird.

Aus pädagogischen und therapeutischen Gründen ist es aber nicht sinnvoll, alle behinderten Kinder um jeden Preis in das Regelschulwesen einzugliedern. Daher bietet der Stadtschulrat für Wien allen Eltern, die bei der Schuleinschreibung den Wunsch nach Integration ihres Kindes äußern, eine Beratung durch eine Expertenkommission an, die für jeden Fall speziell zusammengesetzt wird.

Damit ist sichergestellt, daß in Wien jedem Kind eine optimale Schulform angeboten wird“, schloß Prof. Matzenauer. (Schluß) wsfr/bs